

Dienstag, 23. August 2016

Frank Schreiber - 09123 Chemnitz/Einsiedel

Ortschaftsrat Einsiedel
Hauptstraße 79
09123 Chemnitz

**Angelegenheit: Offener Brief an den Ortschaftsrat Einsiedel und Konzeptvorschläge zur
Nachnutzung der Immobilie der F+U Heidelberg (ehem. Pionierlager),
sowie Unterschriftenlisten mit Bürgermeinung zur Nachnutzung**

Sehr geehrter Herr Ulbrich, sehr geehrte Damen und Herren Ortschaftsräte,

ihnen ist sicher nicht entgangen, dass in Einsiedel seit dem letzten Herbst nichts mehr so ist, wie es einmal war. Die Einsiedler Bevölkerung und mitunter sogar einzelne Familien, sind in zwei Lager geteilt. Ganz allgemein und pauschal formuliert, könnte man dies beschreiben, indem man die einen Befürworter und die anderen Gegner, oder Kritiker nennt. Beide Lager für sich gesehen, haben eine demokratisch fundierte Berechtigung für ihre Ansichten und ihre Arbeit und sollten auch genauso und vor allem gleichberechtigt respektiert und gehört werden. Genau diese Achtung und das gegenseitige Verstehen, ist aber in den vergangenen Monaten irgendwo auf der Strecke geblieben. Und das, nach nur einem reichlich dreiviertel Jahr einer neuen Art der Bewährungsprobe, die es so bisher noch nie gab.

Die einseitige und nur nach Gut und Böse ausgerichtete Meinungsbildung der örtlichen und der überregionalen Presse, aber auch parteipolitische Aktivitäten haben dazu beigetragen, dass die Atmosphäre in unserem Ort so unerhört gespannt und streckenweise vergiftet ist.

Erst die letzten Veröffentlichungen in der Freien Presse, unterstellen uns Einsiedlern erneut und ganz offen, die Unterstützung der rechtsextremistischen Partei „Dritter Weg“ in Anspruch genommen zu haben. Man differenziert einfach nicht mehr in seinen Feststellungen, und schafft damit eine nicht hinnehmbare Doppeldeutigkeit und Unschärfe.

Zitat: „Besonders bei Protesten in Chemnitz-Einsiedel gebe es im Vorgehen zahlreiche Übereinstimmungen mit dem Leitfaden des Dritten Weges. Dieser gibt, so die Pressemitteilung, „...detailliert Tipps zu Gründung von Bürgerinitiativen, Kundgebungsanmeldung, Verhalten bei Versammlungen und Videodokumentation von Gegnern.“ – Zitat Ende

Ich selbst und viele der Einsiedler halten derart pauschale und undifferenzierte Berichterstattung für ungeheuerlich, zumal ein großer Teil der Leser vermutlich erst durch diesen Artikel auf die Seiten der verbotenen rechtsextremistischen Partei „Dritter Weg“ gefunden hat, mir jedenfalls ging es so.

Verbunden mit der Hoffnung, dass sie diese einseitige und in ihrer Außenwirkung enorm abschreckende Darstellung unserer Ortschaft genauso abstoßend finden, möchte ich sie heute bitten und gleichzeitig auch auffordern, etwas dagegen zu unternehmen.

Beziehen sie Position für unseren Ort, werben sie für Einsiedel, stellen sie richtig wo erforderlich und prangern sie an, wo notwendig und holen sie sich dafür vielleicht auch die Unterstützung von Einsiedler Firmen, Vereinen und Bürgern. Es darf einfach nicht sein und erst recht nicht zur unkommentierten Normalität werden, dass dauerhaft und mit immer zunehmender Härte und vor allem Unsachlichkeit, über Einsiedel berichtet wird, ohne dass es den Ort und seine Einwohner überhaupt betrifft. Das hat doch mit Presse- und Meinungsfreiheit nichts mehr gemein.

Insbesondere die wirtschaftlichen Folgen für unsere Einsiedler Gewerbetreibenden, sind unter dem Blickwinkel der momentanen Entwicklung überhaupt nicht abschätzbar und gerade diese sind es doch aber, die den Motor des gesellschaftlichen Lebens in unserem kleinen Ort mit am Laufen halten. Ich möchte hier keine Sanktionen oder Boykotte gegen Einsiedler Firmen heraufbeschwören. Wenn sich die Außendarstellung unseres Ortes aber nicht bald ändert, wird es möglicherweise auch dazu kommen. Sie alle sind zur letzten Ortschaftsratswahl mit Zielen angetreten, deren Umsetzung unseren Ortsverband entwickeln und stärken sollten. Die Partei die Linke, warb damit „...unsere Ortschaft noch lebens- und liebenswerter zu gestalten“ und für „...Zusammenhalt und Miteinander aller Einsiedler“.

Die Bürgerliste stand zur Wahl „...für ein starkes Einsiedel“ und die CDU versprach „...die Stärkung der Ordnung und Sicherheit“ verbunden mit den Versprechen „...es liegt also in ihrer Hand wie sich unsere Stadt und unser Stadtteil Einsiedel in den kommenden 5 Jahren entwickeln sollen“ und „...für ein lebenswertes, familienfreundliches Einsiedel, das eine gute Heimat für Jung und Alt gleichermaßen bleiben soll“.

Es ist doch eine nicht zu leugnende Tatsache, dass man mittlerweile fast überall in Deutschland etwas mit dem Namen Einsiedel anfangen kann. Allerdings eben nur in diesem einen, negativen Zusammenhang. Und dieser Bezug zum braunen Mob, zu Rechtsextremismus und Fremdenhass, wird unserem Ort und unseren Bürgern einfach nicht gerecht, nein, vielmehr fügt er uns allen erheblichen Schaden zu. Nur aus diesem einen Grunde schon, hätten alle Einsiedler das Recht und die Pflicht auf die Straße zu gehen und sich dagegen zu wehren. Die Unterstellung, dass die Unruhe im, sowie der tatsächliche Schaden für unseren Ort, allein durch die wöchentlichen Demonstrationen entstünde, entbehrt doch seit jeher einer ernsthaften Grundlage. Diese Demonstrationen waren seit Anbeginn friedlich und gewaltfrei und sind es noch immer! Nein, dieser Schaden entsteht, weil niemand in der Lage scheint, oder dies sein will, das völlig verzerrte Bild zu schärfen und die Situation sachlich, korrekt und vor allem unvoreingenommen darzustellen und das genauso öffentlichkeitswirksam zu tun, wie die Medien das zelebrieren. Diese Unterstützung erwarten die Einsiedler von Ihnen Herr Ulbrich und dem gesamten Ortschaftsrat, denn wer könnte repräsentativer und glaubwürdiger sein als diejenigen, denen das Volksvertrauen für den Ort in die Hände gegeben wurde.

Es braucht für die Bürger offensichtliche und klare Zielstellungen und vor allem einen Halt. Also was genau soll überhaupt erreicht werden und vor allem wie. Alle sagen NEIN zu irgendetwas, wozu sie ja JA sagen und womit man sich identifizieren möchte, kommt nicht immer ganz so klar zum Ausdruck. Die fortwährende Aufbereitung der schon bekannten Schlagzeilen bringt die Sache an sich aber auch nicht viel weiter, auch nicht die lauten Rufe „Widerstand“, „Wir sind das Volk“, oder „Merkel muss weg“. NEIN allein ist kein Ziel.

Wo also soll es hingehen, ist die Frage, was haben wir vor und was wollen wir für die Zukunft von Einsiedel und die alte Stärke unseres Ortsverbandes tun. Leider kenne auch ich dazu keine alleingültige Antwort, dabei geht es mir aber sicher so, wie vielen anderen auch.

Trotzdem möchte ich zumindest für die Nachnutzung des Geländes der F+U Heidelberg, also für die Zeit nach der EAE, Konzepte vorschlagen, die Grundsatzideen sein, sowie Planungsansätze für die Zukunft liefern könnten. Es ist dabei auch völlig gleichgültig, ob, wie und wo derartige Ansätze bereits diskutiert worden sind. Mit diesem Brief liegt es ihnen schriftlich vor und allein dieser Umstand, so denke ich, sollte entsprechende Beachtung finden.

1. Stichwort Energiewende – Hin zu regenerativer Energieerzeugung

- Investition durch den bisherigen Eigentümer (F+U Heidelberg), oder Abkauf der kompletten Immobilie vom Eigentümer durch die Stadt Chemnitz oder einen Investor, der die Finanzmittel aufbringen kann und will, unter Berücksichtigung einer vorherigen gutachterlicher Überprüfung und Neubewertung des Verkaufspreises. Wenn Abkauf, dann muss dieser bereits vor Ablauf des Mietvertrages vorbereitet und abgewickelt sein, damit nach 2018 sofort die Möglichkeit besteht, der LDS den Vertrag zu kündigen.
- Abriss der 17 Wohnhäuser und Errichtung einer lichtgeführten-Hocheffizienz-Photovoltaikanlage mit leistungsangepasstem Batteriespeicher auf dieser Fläche (förderwürdige Investition und ggf. Pilotprojekt). Möglicherweise kann über einen Fonds das Interesse und eine Beteiligung der Einsiedler Bürgerschaft an der Investition und deren Erträgen erreicht werden.
- Bautechnische Ertüchtigung des Sporthallenkomplexes einschließlich der Freiluftsportfläche und Nutzungsfreigabe für Vereine des Ortes, als Versammlungsraum und für den Schul- u. Freizeitsport
- Ausbau der Mensaräumlichkeiten und Vermietung für Veranstaltungen
z.B. mit Catering durch die Großküche

2. Stichwort Wohnen am Rande von Chemnitz – Einsiedel Perle des Zwönitztales

- Investition durch den Eigentümer, oder Verkauf durch diesen.
- Beantragung der Umnutzung des Gebietes nach BauNVO vom Status „Sonstiges Sondergebiet“ in ein „Reines Wohngebiet“ oder in ein „Allgemeines Wohngebiet“
- Parzellenbildung, Grundstücksverkauf und Errichtung einer Wohnsiedlung

3. Stichwort Regeneration der Natur unter Umweltschutzaspekten

- Abkauf der kompletten Immobilie vom Eigentümer durch die Stadt Chemnitz (siehe auch Stichwort Punkt 1), oder durch Finanzmittel aus Crowdfunding
- Abriss der kompletten Bebauung und aller zugehörigen Einrichtungen, jedoch nicht des Mensagebäudes und des Sporthallenkomplexes
- Rekultivierung der Abrissflächen, unter Berücksichtigung einer möglichen späteren Eingliederung in das Landschaftsschutzgebiet, oder landwirtschaftlicher Nutzung (beide Varianten sind heute schon Anrainer)
- Bautechnische Ertüchtigung des Sporthallenkomplexes einschließlich der Freiluftsportfläche und Nutzungsfreigabe für Vereine des Ortes, als Versammlungsraum und für den Schul- u. Freizeitsport
- Ausbau der Mensaräumlichkeiten und Vermietung für Veranstaltungen z.B. mit Catering durch die Großküche

Zusammen mit diesem Brief erhalten Sie heute ein Bekenntnis Einsiedler Bürgerinnen und Bürger, in Form einer Unterschriftenaktion. Diese Aktion entstand im Zusammenhang mit den oben genannten Konzeptvorschlägen zur Nachnutzung und sollte die Einwohner animieren, ihre persönliche Meinung zu äußern. Die Anzahl der Unterschriften trägt hierbei keinen Abstimmungscharakter, sondern stellt lediglich eine exemplarische Meinungsvielfalt dar.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Schreiber

Dieser offene Brief wird durch den Verfasser zur Veröffentlichung bereitgestellt und freigegeben. Die Veröffentlichung, Bekanntgabe und Verbreitung persönlicher Daten des Verfassers, wie z.B. Anschrift und Telefonnummern, wird ausdrücklich und unter Androhung rechtlicher Schritte, untersagt.